

Thomas Heinrichs

**Der Islam, eine ganz normale Religion in Deutschland?  
Einige Anmerkungen zum nichtöffentlichen Teil der vierten deut-  
schen Islamkonferenz**

Gehört der Islam zu Deutschland? Gehören die Muslime zu Deutschland? Gibt es einen „deutschen Islam“ und wenn ja, was ist das? Unter diesen – und anderen – Fragestellungen wird derzeit die Tatsache verhandelt, dass die deutsche Einwanderungsgesellschaft nicht nur Bürger aus anderen Ländern aufgenommen hat, sondern auch Bürger anderer Religionen und Weltanschauungen, von denen die Muslime die mit weitem Abstand größte Gruppe stellen.

Die Integration einer multireligiösen/-weltanschaulichen Gesellschaft, wie der deutschen Einwanderungsgesellschaft, kann nur gelingen, wenn es einen gesellschaftlichen Diskurs über die Probleme gibt, die es in einer solchen Gesellschaft geben kann, und wenn es einen Dialog des Staates und der Religionen und Weltanschauungen miteinander gibt. Die 2006 erstmals vom Bundesinnenministerium einberufene deutsche Islamkonferenz ist ein solches Dialogforum, auf dem die unterschiedlichen muslimischen Gruppierungen mit dem Staat, aber auch miteinander ins Gespräch kommen.

Über den öffentlichen Teil der vierten deutschen Islamkonferenz, die am 18. und 19. November 2018 stattgefunden hat, war in der Presse viel zu lesen. Für das Verständnis des Islam in Deutschland aber interessanter war der nichtöffentliche Teil dieser Konferenz, in dem die Vertreter ganz unterschiedlicher muslimischer Organisationen miteinander über die Themen „Integrationsförderung vor Ort“, die „Imamausbildung in Deutschland“ und „Muslime in Deutschland – deutsche Muslime“ diskutierten.

## Deutsche Muslime

Wie in jeder religiösen oder weltanschaulichen Gemeinschaft gab es auch hier zu allen Themen unterschiedliche Meinungen und Positionen, stritten die Vertreter unterschiedlicher, konservativer oder liberaler Auffassungen des Islam mehr oder minder heftig miteinander. Das aber derzeit und in absehbarer Zeit besondere an diesen innerislamischen Debatten um unterschiedliche Auffassungen des Islam, liegt darin, dass diese Debatten überlagert sind von der Frage der gesellschaftlichen Integration der deutschen Einwanderungsgesellschaft (siehe zu diesem Thema Thomas Heinrichs: [Über den Humanismus als Integrationsfaktor](#)“, zuletzt abgerufen am 4.12.2018).

Während Muslime der ersten Generation der Migranten in Deutschland sich z. B. als türkische, jugoslawische oder marokkanische Muslime verstanden, verstehen sich die heute hier lebenden Muslime der zweiten, dritten oder auch bereits vierten Generation der Migranten selbstverständlich als Muslime in Deutschland, als deutsche Muslime. Was dies aber genau heißt, ist nicht völlig klar und wird auch unterschiedlich gesehen.

Am einfachsten stellt sich dies noch dar, wenn man auf die Arbeit der vielen muslimischen Vereine – einschließlich der ca. 2.200 Moscheegemeinden – schaut, die als Teil der deutschen Zivilgesellschaft eine religiöse, aber auch in großem Umfang integrative, soziale und pädagogische Aktivität für ihre Mitglieder und ihr soziales Umfeld entfalten, nicht anders als christliche Gemeinden oder humanistische Verbände dies auch tun.

Wenn man aber auf Fragen der religiösen Ausrichtung schaut, sieht man Probleme, die entstehen, wenn kulturell geprägte Formen einer Religion in eine in vielen Punkten grundsätzlich anders organisierte Gesellschaft transformiert werden müssen. Geht bei der Übersetzung der religiösen Schriften ins Deutsche nicht ein religiöser Gehalt verloren? Muss andererseits die islamische Religion nicht die Lebenswirklichkeit in Deutschland aufnehmen, um die Migranten der dritten und

vierten Generation überhaupt noch erreichen zu können? Müssen alle islamischen Strömungen den Menschenrechtskanon, der in Deutschland die Basis unseres Zusammenlebens ist, für sich eins zu eins übernehmen? Ist eine Unterstützung muslimischer Gemeinden aus dem Ausland, insbesondere der Türkei, ein Integrationshindernis? Wie kann man die Ausbildung und Anstellung von Imamen in Deutschland ohne Zuschüsse aus dem Ausland finanzieren? Wie positioniert sich der Islam in der deutschen Gesellschaft, die säkular ist und in der Säkularität etwas anderes bedeutet (vgl. hierzu Thomas Heinrichs: [„Religiös – säkular – neutral: Religion und Staat“](#), zuletzt abgerufen am 4.12.2018) als in vielen Herkunftsgesellschaften der muslimischen Migranten? All diese Fragen wurden von den Teilnehmern strittig diskutiert.

Thema war auch, inwieweit das am Muster der Kirchen orientierte Modell des Religions- und Weltanschauungsrechts beibehalten werden kann und inwieweit es dem Islam mit seinen ganz anderen Organisationsformen gerecht wird. In diesem Kontext sagte der im Innenministerium für die Islamkonferenz zuständige Staatssekretär Kerber, die Muslime sollten sich nicht immer an den Kirchen und ihrer seit Jahrhunderten gewachsenen Stellung in Deutschland orientieren. Woran aber sonst, wenn nicht an den Kirchen, sollen sich Religionen und Weltanschauungen orientieren, wenn sie eine gleichberechtigte Stellung in Deutschland erreichen wollen? Die Privilegierung der Kirchen kann nicht nur wegen ihrer dramatisch sinkenden Mitgliederzahlen nicht beibehalten werden, sie muss auch wegen der gesellschaftlich nötigen Gleichberechtigung aller Religionen und Weltanschauungen abgeschafft werden. Für eine wirkliche Gleichbehandlung aller Religionen und Weltanschauungen müssen die Kirchen zurücktreten.

Das Problem der Auslandsbeeinflussung trat vor allem bei der DİTİB, dem deutschen Ableger der staatlichen türkischen Religionsbehörde Diyanet auf. Bestimmte Fragen – wie z. B., ob die DİTİB auch Imame anstellen würde, die nicht wie bisher in der Türkei, sondern in Deutschland ausgebildet worden seien, oder ob die DİTİB anstrebe, selber die Personalhoheit über die Imame zu erlangen, die bislang

alle der staatlichen türkischen Religionsbehörde unterstehen und von dieser bezahlt werden - wurden nicht beantwortet.

## Säkularer Staat und Religion

Besonders um die Frage des Verhältnisses konservativer muslimischer Positionen zu den in Deutschland geltenden Rechten der Homosexuellen und Frauen gab es unter den Teilnehmern der Konferenz Streit. Hier wurde gefordert, dass die Muslime die in Deutschland geltenden Menschenrechte auch *in ihrer Religion* anerkennen müssen. Diese Forderung aber – so sympathisch sie ist – verkennt das Verhältnis der Religionen zum säkularen Staat.

Die Grünen-Politikerin Bettina Jarasch, Mitglied im Zentralkomitee der Katholiken, hat auf der Abschlussveranstaltung der säkularen Woche Ende November in Berlin ([vgl. den Bericht beim Humanistischen Pressedienst](#), zuletzt aufgerufen am 4.12.2018) gesagt, dass sie froh sei, in einem säkularen Staat zu leben, weil der es ihr ermögliche, als Frau all die Rechte wahrzunehmen, die ihr ihre Religion nicht gewähren würde.

Diese Aussage trifft meines Erachtens das Verhältnis von Religionen/Weltanschauungen und säkularem Staat sehr gut. Der säkulare Staat mit den Menschenrechten und seiner demokratischen Verfassung ist die Basis, auf der unterschiedliche, mit ihrem Normen- und Wertekanon davon abweichende Religionen und Weltanschauungen in unserer Gesellschaft zusammenleben. Diese Basis müssen alle akzeptieren. Es ist die Basis, auf der die unterschiedlichen Religionen und Weltanschauungen überhaupt erst ihre zivilgesellschaftliche Existenzberechtigung erhalten. Aber dieses Akzeptieren bedeutet nicht, dass alle Religionen und Weltanschauungen alle Normen und Werte dieser Gesellschaft für die eigenen Gemeinschaften übernehmen müssten. Wenn die katholische Kirche oder konservative muslimische Gruppen z. B. Homosexualität und die Gleichberechtigung der Frau ablehnen, dann muss man das in einem zivilgesellschaftlichen Dialog von außen kritisieren, aber es ist das Recht der religiösen Gemein-

schaft, dies intern anders zu handhaben. Jedoch muss von den religiösen Gruppierungen akzeptiert werden, dass in der Gesellschaft für alle, auch für die eigenen Mitglieder, eine andere Regel gilt – und übrigens, es ist niemand gezwungen, in einer konservativen Religion zu bleiben.

Auch die Frage, ob es einen „deutschen Islam“ oder einen „Islam in Deutschland“ gibt, hängt nicht daran, dass alle muslimischen Strömungen für sich alle Menschenrechte akzeptieren. Wollte man das anders sehen, gäbe es auch kein „Christentum in Deutschland“. Insofern ist der Islam eine ganz normale Religion wie die anderen Religionen auch, die es in Deutschland gibt – aber eine Religion, die gerade erst dabei ist, ihren Ort in unserer Gesellschaft zu finden. Dazu gehört auch, dass die muslimischen Verbände die Potentiale des Islam für eine gelingende Integration der Muslime in die Gesellschaft, die der Islam wie jede andere Religion oder Weltanschauung hat, aktivieren und die Desintegrationseffekte, die es ebenso in allen anderen Religionen und Weltanschauungen gibt, bekämpfen.

### **Grenzen des exklusiv-religiösen Dialogs**

So sinnvoll eine solche Konferenz ist, so hat sie doch ihre Grenzen. Auch diese wurden angesprochen. Man weiß durch Umfragen, dass auch in muslimischen Familien die Kinder häufig nicht mehr gläubig sind, nicht anders als bei den anderen Religionen. Nur kann man dies, da es für die Muslime mangels eines formalen Eintritts keine formalen Austrittszahlen gibt, nicht statistisch genau erfassen. Die Statistiker schreiben daher derzeit die Muslime von Generation zu Generation einfach fort. Dies führt zu einer deutlichen Verzerrung der Zahlen nach oben. Es ist daher die Frage, für welche und für wie viele Muslime die Vertreter größerer muslimischer Organisationen genau sprechen. Bei den kleinen Vereinen vor Ort kann man dies klar bestim-

men. Bei den Dachverbänden ist dies aber unklar. Daher war es gut, dass auf dieser vierten Islamkonferenz nicht nur Vertreter der großen Verbände, sondern viele Vertreter kleiner Initiativen eingeladen waren.

Ein innerislamischer Dialog, so wichtig er für die Muslime untereinander auch sein mag, reicht für die gesellschaftliche Integration aller Religionen und Weltanschauungen aber nicht aus. Daher wurde gefordert, Formate zu finden, in denen ein interreligiöser Dialog und auch ein Dialog der Religionen mit den Weltanschauungen stattfindet. Auf letzteres kann in einer Gesellschaft, in der nur noch gut 60 Prozent der Bürger religiös sind – eine Zahl die weiter sinken wird – nicht verzichtet werden.

Einen interreligiösen/-weltanschaulichen Dialog gibt es vor Ort, wo z. B. christliche Gemeinden Moscheegemeinden unterstützen. An übergreifenden Formaten mangelt es aber. Das verwundert nicht, war es für die Muslime doch bislang schon schwierig, überhaupt einen Dialog zwischen den unterschiedlichen muslimischen Gruppierungen zu führen. Die staatlicherseits einberufene Islamkonferenz war und ist hier ein wichtiger Katalysator. Nicht zuletzt war die unterschiedliche staatliche Herkunft der Muslime für einen innermuslimischen Dialog ein Hindernis. Dieses Hindernis fällt zunehmend weg. Sofern es nicht neue größere Zuwanderungswellen gibt, sind inzwischen die meisten Muslime in Deutschland deutscher Herkunft.

Die muslimischen Gruppierungen haben mit sich selbst viel zu tun. Sie müssen ihren Ort in Deutschland finden, angefangen von ganz banalen Fragen der Organisation von eingetragenen Vereinen, der Frage, was Gemeindegemeinschaft in Deutschland sein kann, der Finanzierung gemeindlicher oder sozialer Arbeit, der Organisation ehrenamtlicher Tätigkeit, der Bewältigung neuer Aufgaben, die sich ihnen stellen, wie z. B. die Aufnahme der vielen Geflüchteten der letzten Jahre, bis hin zu theologischen Fragen nach einem „deutschen Islam“, von denen ich oben einige benannt habe.

In einer solchen Situation, in der man sich seiner eigenen Position nicht wirklich klar ist, in einer Gesellschaft, in der man noch keinen festen Ort gefunden hat, in einen interreligiös/-weltanschaulichen Dialog mit Religionen und Weltanschauungen, die sich ihrer eigenen Position in unserer Gesellschaft sicherer sind, einzutreten, ist eine Herausforderung, aber eine, der sich die Muslime stellen müssen. Denn die Alternative dazu wäre nur ein Abgleiten in Subkulturen, und das ist für alle Beteiligten die schlechteste Lösung. Eine staatliche Initiative, die durch die Bedeutung des Akteurs, wie des deutschen Innenministeriums, die Gruppen dazu bringt, sich der Herausforderung eines gemeinsamen Dialogs zu stellen, wäre daher wünschenswert.

Eine Herausforderung dürfte ein solcher Dialog mit allen Gruppierungen des Islam in Deutschland auch für manche Christen und säkulare Humanisten sein, die zwar mit Islamkritikern und liberalen Muslimen reden, deren Dialogfähigkeit mit konservativen Muslimen aber zweifelhaft sein dürfte. Eine Herausforderung wird ein solcher Dialog für die Christen auch deswegen sein, weil sie bereit sein müssen, auf gleicher Ebene mit den anderen Religionen und Weltanschauungen zu sprechen, und es akzeptieren müssen, dass ihre eigenen Privilegien in Frage gestellt werden.

Es wird abzuwarten sein, inwieweit ein solcher Dialog auf Bundesebene umgesetzt wird, und dann auch die Debatten über gesellschaftliche Integration und über die Werte und Normen unserer Gesellschaft nicht immer nur mit Religionen geführt werden, sondern auch mit den Weltanschauungen. Dass es daran immer noch mangelt, ist allerdings nicht die Schuld des Islam.